GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Von Gender zu Diversity Politics? Kategorien feministischer Politikwissenschaft auf dem Prüfstand. Einleitung

Lepperhoff, Julia; Rüling, Anneli; Scheele, Alexandra

2007

https://doi.org/10.25595/3110

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lepperhoff, Julia; Rüling, Anneli; Scheele, Alexandra: *Von Gender zu Diversity Politics? Kategorien feministischer Politikwissenschaft auf dem Prüfstand. Einleitung*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 16 (2007) Nr: 1, 9–22. DOI: https://doi.org/10.25595/3110.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Von Gender zu Diversity Politics?

Kategorien feministischer Politikwissenschaft auf dem Prüfstand. Einleitung

JULIA LEPPERHOFF. ANNELI RÜLING. ALEXANDRA SCHEELE

Mit diesem Heft jährt sich das Erscheinen der Femina Politica zum zehnten Mal. Rückblickend lässt sich die Femina Politica als ein kleiner Teil der Geschichte deutschsprachiger feministischer Politikwissenschaft und als ein Forum zu ihrer Diskussion verstehen. Vor diesem Hintergrund soll in diesem Heft die kritische Reflektion theoretischer Konzepte und zentraler Kategorien in der feministischen Politikwissenschaft im Mittelpunkt stehen.

Aktuell befinden wir uns in einer Situation, in der sich die feministische Politikwissenschaft ausdifferenziert hat und – mit einigen Abstrichen – erfolgreich in der Disziplin etablieren konnte. Im Zuge dessen hat die feministische Politikwissenschaft – wie die Geschlechterforschung generell – ihre zentrale Analysekategorie „Geschlecht" stets kritisch hinterfragt und weiterentwickelt. Dies trifft auch mit Blick auf die aktuelle Debatte um „Diversity" als neuem gleichstellungspolitischem Paradigma zu, das über die EU-Antidiskriminierungspolitik auch Eingang in die bundesdeutsche Debatte gefunden hat und im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) im Jahre 2006 seinen Niederschlag fand. Bisweilen erscheint es daher so, als sei die Gleichstellungspolitik der theoretischen Debatte „vorangeeilt", indem weitere Kategorien der Ungleichbehandlung und Diskriminierung verstärkt berücksichtigt werden.

Eine andere Facette der aufkommenden Diskussion um Diversity ist auch, dass aus feministischer Perspektive ein Bedeutungsverlust der Kategorie „Geschlecht" befürchtet wird. Die immer wieder geführte Debatte um die Krise der zentralen Analysekategorie „Geschlecht" erhält so eine neue Dynamik. Eine kritische inhaltliche Auseinandersetzung zu den Themen „Diversity" und „Intersektionalität" fehlte jedoch bisher in der feministischen Politikwissenschaft und soll im Rahmen dieses Schwerpunktheftes der Femina Politica angestoßen werden.

Zur Entwicklung der feministischen Politikwissenschaft

Im deutschsprachigen Raum begann die akademische geschlechterkritische Auseinandersetzung mit der Politikwissenschaft Anfang der 1990er Jahre (vgl. z.B. Rosenberger/Sauer 2004, 9; Sauer 1995, 368). Waren die Anfänge davon geprägt, den for-

mellen und informellen Frauenausschluss aus der Welt der Politik und ihrer wissenschaftlichen Bearbeitung (vgl. Kreisky 2004, 40) sichtbar zu machen, wurden alsbald auf der theoretisch-analytischen Ebene die Paradigmen und Begriffe der Politikwissenschaft einer kritischen Inspektion unterzogen, um deren „Eingeschlechtlichkeit" (Kreisky) bzw. ihren „unterlegten Geschlechtertext" (Fraser) deutlich zu machen. Auf diese De-Konstruktion von scheinbar geschlechtsneutralen normativen Grundannahmen, Begriffen und Ansätzen der klassischen Politikwissenschaft folgte eine Erweiterung und Re-Formulierung des Politischen sowie der politikwissenschaftlichen Kernbereiche und Teildisziplinen unter dezidiertem Einschluss der Geschlechterperspektive. Von den Internationalen Beziehungen bis zur Politischen Theorie, von der vergleichenden Analyse politischer Systeme bis zur Policy-Forschung und darüber hinaus reicht das Spektrum, das von der geschlechterkritischen Politikwissenschaft abgedeckt wird. Die explizit feministische Politikwissenschaft geht dabei jedoch noch einen Schritt weiter: In dieser Sichtweise geht es – so Ingrid Kurz-Scherf u.a. – „nie ‚nur' um Frauen- und Geschlechterfragen, sondern immer auch um die Gesellschaft, die Demokratie, die Idee von Freiheit, Gleichheit und Solidarität als Ganzes, das es als solches aber überhaupt erst einmal gegen seine patriarchalen und androkratischen Verkürzungen und Verzerrungen zu entwerfen ... gilt" (Kurz-Scherf u.a. 2006, 11).

Parallel zu dieser inhaltlichen Profilbildung fand eine Institutionalisierung der geschlechterkritischen Politikwissenschaft als Lehr- und Forschungsgebiet und damit auch eine partielle Etablierung in der Disziplin statt. So wurde an mehreren politikwissenschaftlichen Instituten und Lehrstühlen die Auseinandersetzung über „Politik und Geschlechterverhältnisse" aufgenommen und die Kategorie „Geschlecht" in politikwissenschaftliche „Kernbereiche" integriert und im Lehrangebot bzw. bei der inhaltlichen Ausrichtung von Professuren berücksichtigt. Auch der 1991 gegründete Arbeitskreis „Politik und Geschlecht" in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) steht mit seinen über 100 Mitgliedern für eine erfolgreiche Sichtbarmachung und Thematisierung der „Geschlechterfrage". Trotz dieser positiven Entwicklungen in den letzten Jahren sind Frauen nach wie vor nicht nur personell in der Disziplin sowie in wissenschafts- und verbandspolitischer Hinsicht unterrepräsentiert,[1] sondern es lässt sich auch eine gewisse inhaltliche Marginalisierung feststellen, die die bereits Anfang der 1990er Jahre konstatierte „Widerständigkeit" (Stacey/Thorne) der Politikwissenschaft gegenüber der Kategorie „Geschlecht" zu bestätigen scheint. So ist festzustellen, dass die geschlechterkritische bzw. die feministische Politikwissenschaft bis heute nur marginal vom Mainstream der Disziplin zur Kenntnis genommen wird.[2] Während die feministische Forschung sich – wenngleich in meist kritischer Absicht – in intensiver Auseinandersetzung mit den Ansätzen und Werken der Mainstream-Politikwissenschaft befindet, beschränkt sich die Rezeption feministischer Positionen durch den Mainstream in vielen Fällen auf einleitende Bemerkungen, in denen die Geschlechterfrage nur zu einem Anwendungsfall einer Theorie erklärt wird, die unter Ausblendung der Geschlechterproblematik entwickelt wurde.[3]

Insofern könnte das „Projekt" einer feministischen Politikwissenschaft auch als „erfolgreich gescheitert" bezeichnet werden. In der Ambivalenz dieser Bewertung geht jedoch schnell unter, dass nicht nur in der Auseinandersetzung mit dem Male- und Mainstream der Politikwissenschaft, sondern auch innerhalb der feministischen Politikwissenschaft vielfältige Kontroversen und Perspektivdiskussionen stattgefunden haben. Wohl kein anderer Teilbereich politikwissenschaftlicher Forschung hat seine eigenen Analysekategorien und Forschungsperspektiven, aber auch das Verhältnis von Politik und Politikwissenschaft so nachdrücklich zum Thema gemacht und auf den Prüfstand gestellt (vgl. z.B. Femina Politica 2003). Dabei war mit der wissenschaftlichen Auseinandersetzung in der Regel auch der Anspruch verknüpft, politikrelevant zu sein und den Abbau von Geschlechterhierarchien auch in einzelnen Praxis- und Politikfeldern reflektierend bis unterstützend zu begleiten. Insofern überrascht es nicht, dass zu Beginn der 1990er Jahre einige FachvertreterInnen die Hoffnung hegten, mit der feministischen Wissenschaft könne eine Erneuerung der Politikwissenschaft im Allgemeinen und der kritisch-emanzipatorischen Politikwissenschaft im Besonderen stattfinden (z.B. Greven 1991, 240; Kurz-Scherf 2003, 176).

Ob diese Erwartung erfüllt werden konnte, ist eine offene Frage, die vermutlich nur aus der kritischen und zeitlichen Distanz beantwortet werden kann. Die Debatte über Diversity bietet jedenfalls einen neuen Anlass, an dem sich die Entwicklungs- und Kritikfähigkeit der feministischen Politikwissenschaft beweisen kann. Politische und gesellschaftliche Wandlungsprozesse im Zuge von Globalisierung und weltweiten Migrationsprozessen, aber auch Alterung und Individualisierung führen in Konsequenz zu einer stärker und auf unterschiedlichen Ebenen differenzierten Gesellschafts- und Sozialstruktur, auf die zunehmend auch politisch reagiert wird bzw. reagiert werden muss. Die Aktivitäten der Europäischen Union (EU) sind dafür nur ein Beispiel. Dabei ist die in der jüngsten Vergangenheit politisch und ökonomisch oft gepriesene „Vielfalt" keineswegs selbstverständlich oder ergibt sich organisch. Ganz im Gegenteil: Vielfalt kann als äußerst konfliktträchtiges Phänomen begriffen werden, das bislang unbekannte Formen und Felder der politischen Auseinandersetzung hervorbringt. In diesem Prozess überlagern sich alte und neue Ungleichheiten und verknüpfen sich zu neuen Formen von Ungleichbehandlung und Ausgrenzung, aber auch zu neuen Gegenstrategien.

Von besonderem Interesse ist es nun, welche Rolle in den mit Diversity aufkommenden politikwissenschaftlichen Debatten der Auseinandersetzung über die Kategorie „Geschlecht" zukommt: Einerseits könnte mit dem Aufkommen von „Diversity" eine Relativierung der Kategorie „Geschlecht" stattfinden, die die ohnehin prekäre Position von geschlechterkritischen Analysen in der Politikwissenschaft eher schwächen als stärken würde. Es ist andererseits aber auch eine gegenteilige Entwicklung denkbar: So könnte die feministische Politikwissenschaft sowie ihre Analysekategorien und methodologischen Schlussfolgerungen durch die über den Diversity-Ansatz anvisierte Verknüpfung und Ausweitung von Ungleichheitsdimensionen für Mainstream-

Ansätze attraktiver und anschlussfähiger werden. Auch für die Frage der politischen Strategien, die in der feministischen Politikwissenschaft stets mit reflektiert wurde, könnten sich über den Diversity-Ansatz neue Konstellationen für politische Bündnisse ergeben, die eben nicht entlang der Kategorie „Geschlecht" gebildet werden, sondern entlang von gesellschaftlich und politisch geteilten Anliegen und Positionen.

Die Kategorie „Diversity" als Herausforderung für die feministische Politikwissenschaft

Bislang bildeten die Geschlechterverhältnisse ein Hauptfeld, „auf dem oder durch dessen Hilfe Macht artikuliert wird (Kreisky 1995, 43). Der Geschlechtskategorie wurde dementsprechend ein für Politik- und Gesellschaftsanalysen unverzichtbares theoretisches Potenzial zugeschrieben. Es muss nun reflektiert werden, in welcher Weise sich im Zuge der Forschung zur Intersektionalität Fragestellung, Analysen und Forschungsrichtungen der feministischen Politikwissenschaft verändern (sollten). Gleichzeitig ist zu fragen, inwieweit die über den Diversity-Diskurs prominent diskutierte Frage vielfältiger und sich überkreuzender Ungleichheiten auch verstärkt Gegenstand von feministischer Politikwissenschaft werden kann. Es lohnt sich also, in zwei Richtungen zu diskutieren:

1. Was bedeutet die Infragestellung des Primats der Kategorie Geschlecht für die feministische Politikwissenschaft? Inwiefern könnte diese Herausforderung für die Theoriebildung als Erweiterung produktiv aufgegriffen werden?
2. Welche Perspektiven eröffnet die feministische Politikwissenschaft, speziell mit ihrem Fokus auf Herrschaftskritik und der strukturellen Verortung sozialer Ungleichheiten für eine Auseinandersetzung mit Diversity bzw. Intersektionalität?

Geschlecht im Kontext von Diversity: Infragestellung oder Erweiterung?

Das die feministische Wissenschaft im Allgemeinen und die feministische Politikwissenschaft im Besonderen prägende enge Verhältnis von Politik und Wissenschaft wurde und wird stets zu einer „liaison à trois", da es sich konstituiert und ausformt mit Blick auf etwas Drittes: die analytische Konzeptionalisierung von Geschlecht. Diese Konzeptionalisierung von Geschlecht ist jedoch einem Wandel unterworfen. Fächerübergreifend lässt er sich als eine Verschiebung von der Frauen- zur Geschlechterforschung ausmachen, die sich auch als „paradigmatische Weiterentwicklung und Radikalisierung der Fragestellungen" (Maihofer 2006, 64) begreifen lässt. Während die Frauenforschung vor allem den Blick auf den Ausschluss und die Situation von Frauen gerichtet habe, werde inzwischen ausdrücklicher die *Kategorie Geschlecht* bzw. *„Geschlecht/Geschlechtlichkeit"* als solche zum Gegenstand der Analysen; nicht zuletzt die Männlichkeitsforschung und die Orientierung am Konzept der „hegemonialen Männlichkeit" (Connell 1999) habe zu dieser Erkenntnis beigetragen (vgl. Maihofer 2006, 65-70).

Mit dieser Gegenstandserweiterung haben sich auch die normativen Konzeptionen verschoben, die lange Jahre den Bezugspunkt von Analysen und Konzepten von Frauen- und Geschlechterforschung und Geschlechterpolitik darstellten. Die Bezugnahme auf die „Gleichheit von Frauen und Männern" einerseits wie auf „Geschlechterdifferenzen" andererseits ist aufgegangen in einer Deutung des Verhältnisses von Gleichheit und Differenz als einem prinzipiell nicht aufzulösenden Dilemma (vgl. Maihofer 1997, 172). Sowohl die ausschließliche Bezugnahme auf die Idee der Gleichheit als auch auf die der Differenz führt zur Diskriminierung in den Geschlechterverhältnissen: einmal als Zementierung sozial hergestellter Differenzen durch strikte Gleichbehandlung und einmal als Stigmatisierung und Ausgrenzung von Frauen durch gesonderte Maßnahmen. Die Diskussion um Gleichheit oder Differenz ist – wie Klinger (2003, 14) resümiert – zu einer „unendlichen Geschichte" geworden.

Aus dieser Situation resultieren laut Maihofer (1997, 172ff.) zwei Perspektiverweiterungen für die Geschlechterforschung: Zum einen werde zunehmend die Gefahr gesehen, dass es zu einer Ontologisierung, Essentialisierung und Homogenisierung von Differenzen durch deren „Benennung" komme. In Folge dessen wurde auch die „Vordiskursivität" von sex und die mit dem biologischen Geschlecht verbundenen Normierungen und Regulierungen kritisch diskutiert (vgl. Butler 1991; Hark 1996; Knapp 2001). Zum anderen rückten neben der Geschlechterdifferenz auch Differenzen zwischen Frauen in den Blick, so insbesondere zunächst klassenspezifische oder ethnische Differenzen, die durch die Auseinandersetzung mit der US-amerikanischen Theoriebildung bzw. dem Black Feminism entstanden und die sich in Deutschland beispielsweise an der Debatte um die (Mit-)Täterschaft von Frauen im Nationalsozialismus oder der Situation von schwarzen Frauen in der Frauenbewegung entzündeten (vgl. Knapp 2005; Rommelspacher 2006). Es öffnet sich also der Blick auf weitere Ungleichheitsstrukturen und ihre Verwobenheit mit der Geschlechterdimension; im Mittelpunkt stehen dabei vor allem die mit dem Verhältnis der verschiedenen Ungleichheitsdimensionen verbundenen Macht- und Unterdrückungsstrukturen.

Insofern wird Geschlecht als Analysekategorie durch die aktuellen Entwicklungen und Debatten durchaus herausgefordert. Zwar lässt sich einerseits die Frage nach dem „Bedeutungsverlust der Kategorie ‚Geschlecht'" (Knapp 2001) recht schnell negativ beantworten, denn auf der Ebene des gegenwärtigen politischen Wandels und der institutionellen Verfasstheit von Politik setzten sich Kontinuitäten in der geschlechterhierarchischen und zweigeschlechtlich codierten Ordnung und der darin angelegten strukturellen Diskriminierungen qua Geschlecht in vielfacher Weise fort. Die Kategorie Geschlecht steht aber andererseits insofern auf dem Prüfstand, als zu klären wäre, wie Geschlecht mit anderen Kategorien von Ungleichbehandlung zusammenwirkt. Denn es wird zunehmend thematisiert, dass alle Individuen nicht nur einer Gruppe angehören, sondern immer zugleich mehreren Gruppen (vgl. Krell 2004). Juristisch und politisch ist dies im Begriff der Mehrfachdiskriminierung festgeschrieben. Die Geschlechterforschung fasst dieses Phänomen theoretisch: als

Überkreuzung und Wechselwirkung verschiedener Ungleichheitskategorien unter dem Begriff der Intersektionalität. Die US-amerikanische Rechtswissenschaftlerin Kimberlé Crenshaw hat diesen Begriff maßgeblich im Kontext des Black Feminism geprägt (vgl. Crenshaw 1998, Original 1987). Auch in Deutschland spielt die Debatte um Intersektionalität und die Interdependenzen zwischen Race, Class und Gender mittlerweile eine zentrale Rolle, um kombinierte Formen von Ungleichbehandlung zu thematisieren (vgl. Klinger/Knapp 2005).

Nach wie vor besteht in diesem Feld jedoch noch ein großer Forschungsbedarf, denn welche Kategorien überhaupt relevant werden, muss theoriegeleitet und empirisch im jeweiligen Feld und Kontext analysiert werden. Dabei wird in der Regel dafür plädiert, dass dies in der Analyse nicht per se normativ oder politisch festgelegt wird (vgl. Krell 2006; kritisch: Ohms/Schenk 2003). Aus einer solchen Perspektive gäbe es dann auch grundsätzlich keine Rangordnung von Kategorien der Vielfalt, wie es bisweilen in der Diskussion um Geschlecht als „Master-Kategorie" angeklungen ist. Eine offene Forschungsfrage bleibt dennoch, wie das Verhältnis der Kategorien zueinander theoretisch zu begreifen ist und wie diese konkret in Beziehung zu setzen sind. In diesem Zusammenhang ist auch zu klären, welche und wie viele Kategorien der Ungleichbehandlung und Ausgrenzung in die Analyse einbezogen werden sollen. Bleibt es bei der im Rahmen der Intersektionalitätsforschung anvisierten Integration von Gender, Race und Class oder treten neue Ungleichheitsdimensionen hinzu? Und ist diese Liste dann nicht als unendliche zu begreifen, wie u.a. Hardmeier/Vinz in ihrem Beitrag in diesem Heft problematisieren? Die analytische Präzisierung und Kontextualisierung der Kategorien ist auf jeden Fall eine weitere Aufgabe für die Zukunft von Geschlechterforschung und damit auch der feministischen Politikwissenschaft. Bereits jetzt lässt sich aber konstatieren, dass die scheinbare Infragestellung von Geschlecht vor allem als eine vielversprechende Erweiterung auch für die feministische Politikwissenschaft begriffen werden kann. So werden in der Auseinandersetzung um Intersektionalität zum einen Potenziale für die Weiterentwicklung der Frauen- und Geschlechterforschung gesehen, zum anderen auch Möglichkeiten einer stärker gesellschaftstheoretischen Konzeptualisierung von Ungleichheiten. Dass diese Diskussion bislang vorrangig in der Soziologie geführt wird, liegt sicher nicht nur an der ohnehin engen Verbindung zwischen Geschlechterforschung und Soziologie, sondern auch an der traditionellen Verankerung der Forschung zu sozialer Ungleichheit in dieser Disziplin.

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive könnten im Gegensatz dazu der Ungleichheitsdiskurs und die Verschränkung von unterschiedlichen Kategorien stärker bezogen auf Fragen von Macht, Herrschaft und Gewalt – also die Grundbegriffe des Gesellschaftlichen und Politischen (vgl. Klinger 2004, 83) diskutiert werden. Weitgehend mangelt es jedoch bisher an einer Analyse der institutionalisierten Verschränkung verschiedener Ungleichheitsdimensionen in politischen Institutionen, politischen Prozessen und den konkreten Policies als Ergebnissen der Politikprozesse. An dieser Stelle ist ein wichtiges Desiderat, dass die faktische „Weiterentwk-

cklung“ der Gleichstellungspolitik zu Diversity-Politics auf EU-Ebene, aber auch in Deutschland bisher wenig konzeptionell erfasst wurde und dass ihr Verhältnis zur Debatte um Intersektionalität bislang nur unzureichend geklärt wurde. Dabei drängt sich mit der Ausweitung von Antidiskriminierungspolitik auf die von den im Rahmen der EU-Richtlinien definierten sechs Dimensionen Geschlecht, Alter, Behinderung, sexuelle Orientierung, Religion und ethnische Zugehörigkeit die Frage nach Wechselwirkungen und Interdependenzen verschiedener Ungleichheiten und Diskriminierungen geradezu auf (vgl. Art. 13 EGV, RL 2000/43/EG; RL 2000/78/EG; RL 2002 /73/EG; RL 2004/113/EG). Bisher wurden in der Politikwissenschaft jedoch kaum theoretische und konzeptionelle Debatten um „Diversity“ oder Vielfalt als neue Klammer von Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik geführt.
Ein Grund für die bisher fehlende Beschäftigung mit Diversity in der feministischen Politikwissenschaft könnte darin liegen, dass die Kategorie „Diversity“, ursprünglich aus dem Managementdiskurs kommend, zunächst wenig „kritisches Potenzial“ vermuten lässt und insofern wenig anschlussfähig für sozialwissenschaftliche Analysen zu sein scheint. Im Gegenteil sehen kritische Stimmen gerade in der Diversity-Debatte die Gefahr einer Entpolitisierung der Gleichstellungspolitik, da sie strukturelle Analysen vermissen ließe und faktische Diskriminierung auf individuelle Merkmale zurückführe – damit würde die aktuelle Antidiskriminierungspolitik hinter zentrale Ergebnisse der Frauen- und Geschlechterforschung, speziell auch der feministischen Politikwissenschaft, zurückfallen. Es bleibt daher die strategische Frage, in welcher Weise das Diversity-Konzept im Rahmen der feministischen Politikwissenschaft gewürdigt und aufgegriffen werden sollte. Gerade darin liegen aber Herausforderungen für die theoretische und empirische Auseinandersetzung, die wir mit diesem Schwerpunkt der Femina Politica aufgreifen wollen.

Potenziale der feministischen Politikwissenschaft für Diversity-Analysen

Auch die Perspektiven, die die feministische Politikwissenschaft für eine Auseinandersetzung mit Diversity/Intersektionalität eröffnet, sind vielfältig. So geht es – ganz in der Tradition feministischer Perspektiven – zunächst um das Verständnis von Unterschieden und ihrer Verknüpfung mit Macht, Herrschaft und Gewalt, also um gesellschaftliche und in politischen Verhältnissen institutionalisierte Ungleichheits*strukturen*, die sich allerdings auch auf die Subjekte und ihre alltäglichen Praktiken niederschlagen. Nachdem zu Beginn feministischer Theoriebildung diese drei Begriffe „relativ undifferenziert verwendet und den Geschlechtern sehr einseitig zugewiesen“ (Klinger 2004, 90) wurden, verändert sich ihr Verständnis im Zuge der feministischen Theorieentwicklung. Macht, Herrschaft und Gewalt werden nicht mehr nur auf das (öffentliche, politische) System beschränkt, sondern sind auch auf der individuellen Ebene zu verorten, Macht ist nicht nur „negativ“ als Unterdrückungsmacht, sondern auch „positiv“ als Handlungsmacht und Teil eines (weiblichen) Empowerments zu verstehen. Schließlich wird im Zuge der Diskussion um Differenzen zwischen Frauen und die Einbeziehung anderer Ungleichheitskategorien die dualisti-

sche Zuschreibung „männliche Macht, Herrschaft und Gewalt vs. Weibliche Ohnmacht und/oder Friedfertigkeit überwunden“ (Klinger 2004, 94). Diese Verschiebung hat zu einer größeren Komplexität in der Analyse von Geschlechter- und anderen Ungleichheitsverhältnissen als Macht-, Herrschafts- oder Gewaltverhältnisse geführt. Diese Komplexität wird auch aus den Überlegungen von Iris Marion Young (1996) deutlich. Um Macht und Herrschaft zu untersuchen, könne nicht von einem binären Gegenüber einer unterdrückten Gruppe und einer Gruppe von Unterdrückern ausgegangen werden. Sie betont, dass sich Unterdrückung nicht mittels eines einzigen Modells rekonstruieren lasse, sondern unterschiedliche Unterdrückungsmuster analysiert werden müssten. Young schlägt vor, fünf Formen der Unterdrückung – Ausbeutung, Marginalisierung, Machtlosigkeit, Kulturimperalismus und Gewalt – als Kriterien für die Situation von Gruppen anzuwenden. Indem zunächst nach den Mechanismen der Unterdrückung gefragt werde und erst in einem zweiten Schritt geprüft werde, welchen Mechanismen die einzelne Gruppe ausgesetzt sei, könne nicht nur Unterdrückung komplexer gefasst werden, sondern weitere Simplifikationen und Reduktionen vermieden werden (vgl. Nagl-Docekal 1996, 12). Damit sei es möglich, die Unterdrückung verschieden charakterisierter (z.B. Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung) Personengruppen „zu vergleichen, ohne sie auf ein gemeinsames Charakteristikum zurückzuführen oder behaupten zu müssen, dass eine Form der Unterdrückung fundamentaler sei als eine andere“ (Young 1996, 135). Um die Unterdrükkung zu überwinden, plädiert Young zunächst für eine umfassende Anerkennung von Gruppendifferenz und für ein Konzept der Gruppenrepräsentation, das durch die „Schaffung von Institutionen, die eine freie Entfaltung aller Gruppen in ihrer jeweiligen Besonderheit sicherstellen“ (Nagl-Docekal 1996, 12) realisiert werden solle – die Herstellung von Gleichheit sei nur auf der Grundlage von Differenz und Verschiedenheit möglich. Kritisch wurde gegen Youngs Überlegungen eingewendet, dass sie von der Existenz sozialer Gruppen auszugehen scheint, obwohl diese erst durch die von ihr untersuchten Unterdrückungsmechanismen gebildet bzw. als Gruppe definiert werden (vgl. z.B. Nagl-Docekal 1996, 13ff.).

Im Zentrum des politikwissenschaftlichen Erkenntnisinteresses stehen somit Unterschiede auch als politisch hergestellte Formen von Ungleichheit, Benachteiligung und Unterdrückung. Dies verweist darauf, dass die auftretenden Differenzen und die so genannte „Vielfalt“ Ergebnisse politischer Auseinandersetzungen und struktureller Ungleichheiten sind. Insofern rückt die Politikwissenschaft neben die Frage kultureller (Gruppen-)Identitäten immer auch die Frage nach kollektiven Interessen und Deutungen und den damit verknüpften Auseinandersetzungen von Akteuren ins Zentrum.

Vor diesem Hintergrund kann die Politikwissenschaft eine ihrer Aufgaben darin sehen, die politisch hergestellten *Folgen* von Unterschieden in den Blick zu nehmen. Eine weitere Aufgabe könnte darin bestehen, den *Ursachen* von Unterschieden und ihrer Verknüpfung nachzugehen, da mit Ungleichheit auch Zuschreibungen, Bewertungen und soziale Hierarchisierung im politischen Raum einhergehen (vgl. Mac

Kinnon 1996). Diesen Zusammenhang herauszuarbeiten ist eine der Kernaufgaben der feministischen Politikwissenschaft, da mit dieser Perspektive gesellschaftliche Konfliktfelder und Konfliktlinien sowie die Frage der Trennung in Öffentlichkeit und Privatheit der modernen Gesellschaften und der hierüber institutionalisierten Hierarchien sichtbar gemacht werden können. Es ist also ein Verständnis von Intersektionalität bzw. Diversity Politics notwendig, das nicht vorrangig bei einer individualisierten Förderung von Mitgliedern benachteiligter Gruppen ansetzt. Im Zentrum stehen vielmehr die bestehenden Strukturen von Institutionen, von Verfahren und von Programmen, um hierüber strukturelle Ungleichheiten abzubauen. Judith Squires beispielsweise plädiert in ihrem Beitrag in diesem Heft daher in Erweiterung des Gender Mainstreaming für eine Strategie des Diversity Mainstreaming.

Neben den klassischen politikwissenschaftlichen Begriffen von Macht, Herrschaft und Gewalt bieten sich weitere Ansatzpunkte, den Diskurs um Vielfalt um eine kritische Dimension zu erweitern, so etwa die Frage von Repräsentation, Partizipation und demokratischer Teilhabe im Kontext von modernen vielfach differenzierten Gesellschaften. Dabei kreisen die Kontroversen in der feministischen Politikwissenschaft um die Frage, „ob Frauen als gewählte Repräsentanten einer diskriminierten Gruppe auf eine frauenpolitisch engagierte Position festgelegt werden sollten“ (Holland-Cunz 2004, 143) oder in welcher Form und an welchem Ort Demokratie stattfinden soll, bereits auf einige wichtige Felder in der Auseinandersetzung.

In den Beiträgen dieses Heftes werden die hier nur angerissenen zwei Fragerichtungen inhaltlich gefüllt – der Frage nach Bedeutungsverschiebungen der Kategorie Geschlecht und den daraus resultierenden Herausforderungen für die wissenschaftliche Auseinandersetzung wird ebenso wie der Frage nach den Potenzialen der feministischen Politikwissenschaft für die Konturierung von Diversity und Diversity Politics nachgegangen. Die Ergebnisse zeigen nicht zuletzt die Diversität der Positionen in der feministischen Politikwissenschaft auf.

Zu den Beiträgen dieses Heftes

Zu Beginn des Heftes thematisieren drei Beiträge aus unterschiedlicher Perspektive die Frage, welche Potenziale die Diversity-Debatte für die feministische Politikwissenschaft bietet. Einführend gehen *Sibylle Hardmeier* und *Dagmar Vinz* dem Boom der beiden Begriffe Intersektionalität und Diversität nach. Sie stellen Intersektionalität und Diversität als Konzepte gegenüber und fragen nach Begriffsverständnis, theoretischen Grundlagen, methodologischen Schlussfolgerungen und empirischer Operationalisierung. In ihrem Vergleich wird Intersektionalität von Hardmeier und Vinz als der Ansatz mit der größeren Reichweite und den besseren Anschlussmöglichkeiten für die feministische bzw. gender-orientierte Politikwissenschaft identifiziert. Intersektionalität stehe als sozialwissenschaftlicher Ansatz, der (Geschlechter-) Ungleichheiten problematisiere – im Unterschied zur affirmativ-positiven Bezugnahme auf Differenzen im Konzept von Diversität – in einer anti-essentialistischen

Tradition. Allerdings sei auch hier – ähnlich wie im Ansatz der Diversität – die Gefahr der Beliebigkeit und unendlichen Aneinanderreihung von Differenzen gegeben, wenn nicht die theoretische Konzeptionalisierung von Differenzlagen vorangetrieben und ihr Zusammenhang empirisch konkretisiert werde.
In kritischer Perspektive analysiert *Birgit Sauer* in ihrem Beitrag, wie feministische Identitätspolitiken und Subjektivierungsformen im Projekt der Veränderung staatlicher Steuerung von Wohlfahrts- und Geschlechterregimen strategisch funktionalisiert werden. Dabei stellt sie die These auf, dass Diversitätspolitik eine neue Regierungstechnik im Kontext des neoliberalen Staatsumbaus sei. Sauer bezieht sich dabei auf ein Staatskonzept, das den Staat nicht vorrangig als bürokratischen Apparat und als liberal-demokratisches Institutionengefüge begreift, sondern als soziales Kräftefeld, in dem nicht nur unterschiedliche Interessen und Mächte in Institutionen und Normen ihren Niederschlag finden, sondern in dem auch über das konkrete Staatsprojekt und die darin verankerten Anerkennungsstrategien entschieden wird. In den Augen Sauers erweist es sich als problematisch, dass unter dem Siegel von Gleichstellung und Antidiskriminierung eine neoliberale staatlich-politische Steuerung von Gesellschaftsverhältnissen und ein herrschaftsverschleiernder Zugriff auf Subjekte und auch herrschaftsfreie Denk- und Handlungszusammenhänge stattfinde.
Im Unterschied zu den beiden vorhergehenden Beiträgen bewertet *Judith Squires* Diversitätspolitik eher positiv und sieht erst in der Berücksichtigung aller Formen von Ungleichheiten und ihrer Überkreuzungen die Möglichkeit, das Ziel der Gleichheit angemessen zu verfolgen. Deshalb sei es zentral, das Prinzip des Mainstreaming nicht ausschließlich auf Gender zu beziehen, sondern um andere Ungleichheitsdimensionen zu erweitern. Aus ihrem kurzen Überblick über die Strategie und die Implementierung von Gender Mainstreaming wird deutlich, dass Squires ein Problem darin sieht, dass diese überwiegend von ExpertInnen in bürokratischen Verfahren umgesetzt worden sei. Von daher sei zu befürchten, dass die Berücksichtigung anderer Formen von Ungleichheiten in einem Ansatz des Diversity Mainstreaming ebenfalls eher auf der Ebene von ExpertInnen und ausschließlich in Top-Down-Prozessen stattfindet. Zudem genüge es nicht, die verschiedenen Kategorien, an denen Diversität meist festgemacht werde, einfach additiv zusammenzuführen. Squires plädiert hingegen für ein partizipativ-demokratisches Modell von Mainstreaming und ein transversales Verständnis von Intersektionalität. Für beides bietet die deliberative Demokratie Anknüpfungspunkte, da es über ihre Verfahren möglich sei, die Perspektiven unterschiedlicher BürgerInnen sowie verschiedene Ungleichheiten zu berükksichtigen, ohne jedoch Gruppenidentitäten zu bestätigen und Hierarchien zu reproduzieren.
Drei weitere Beiträge beschäftigen sich mit der Erforschung der praktischen Umsetzung verschiedener Gleichstellungskonzepte in unterschiedlichen Länderkontexten und gesellschaftlichen Feldern. In einem europäischen Vergleich von Gleichstellungspolitiken blickt *Susanne Baer* wie Squires auf die europäische Ebene, skizziert aber eher forschungsstrategisch, warum und in welcher Weise mehr vergleichende

und transdisziplinäre Forschung einen Gewinn für die Analyse von Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitiken darstellt. Die Frage nach den Erfolgsbedingungen von Gleichstellungsvorgaben, nach Instrumenten und Strategien, aber auch nach den Wirkungen von Gleichstellungspolitik lasse sich nur komparativ und – in Ergänzung zur feministischen Politikwissenschaft – nicht zuletzt durch Wissen zur rechtlichen Fundierung von Gleichstellungspolitik beantworten. Die zwei folgenden Beiträge behandeln die Fragen der Analysekategorien anhand konkreter Anwendungsbeispiele der Gleichstellungspolitik. *Mirjam Gwisdalla* untersucht in ihrem Beitrag die Frage, welche Kategorien und gleichstellungspolitischen Ansätze in der kommunalen Raumplanung zum Tragen kommen. Gender-Mainstreaming-Ansätze stehen in der Stadtplanung neben klassischen Forderungen der Frauenforschung und beteiligungsorientierten Ansätzen, die eher an Diversity-Forderungen anschließen. Anhand empirischer Analysen unterschiedlicher Planungsprozesse kommt Gwisdalla zum Schluss, dass die Konzepte in der Praxis nicht trennscharf unterschieden werden können, sondern sich vermischen. Interessanterweise würden etwa unter dem Siegel des Gender Mainstreaming häufig auch ältere partizipative Verfahren angewandt, im Rahmen derer verschiedene soziale Gruppen am Planungsprozess beteiligt werden – dies führe jedoch nicht notwendigerweise zur Integration einer Gender-Perspektive. Insgesamt – so bemängelt Gwisdalla – fehle es vor allem an der Formulierung von Gender-Zielen.

Auch *Cordula Dittmer* und *Anne Mangold* zeigen, wie sich die Umsetzung von geschlechterpolitischen Zielen in Organisationen deutlich von ihrer ursprünglich intendierten Wirkung entfernen kann. Die Eigendynamik von Organisationen verdeutlichen die beiden Autorinnen anhand des Aushandlungsprozesses zum Gleichstellungsgesetz für Soldatinnen und Soldaten. In solchen Prozessen – so Dittmer und Mangold – stehe die Organisation an sich, ihr Charakter und interne Machtverteilungen auf der Agenda. Im Fall der Bundeswehr heißt das, dass eine männlich geprägte Institution im politischen Entscheidungsprozess als solche formal und kulturell bestätigt wird und organisationskulturelle Veränderungen eher blockiert als befördert werden. Die Besonderheiten der militärischen Organisation und der Geschichte als Männerbund werden letztendlich gegen gleichstellungspolitische Bemühungen gewandt.

Abschließend wirft *Patricia Purtschert* einen kritischen Blick auf Diskurse zu Diversity Management, die das bisher größte Anwendungsfeld von Diversity darstellen. Diversity-Management-Ansätze klängen oft so, als würden feministische Forderungen endlich im großen Stil Eingang in die Privatwirtschaft finden: Differenzen, so heißt es da, sollten anerkannt und aufgewertet, der Diskriminierungsschutz ausgebaut, Frauenquoten in den Führungsetagen erhöht und die Familien- und Erwerbsarbeit sinnvoll vereinbart werden können. Um die Reichweite solcher Forderungen zu ermessen, greift Purtschert auf die feministische Theorie zurück. Diese ermöglicht, die Ausklammerung oder Unterbestimmung des Machtbegriffs in vielen Diversity-Management-Ansätzen aufzuzeigen und zu problematisieren. Dem tendenziell ent-

politisierten Zugang des Diversity Managements, in dem Differenzen als Ausdruck menschlicher Individualität erscheinen, stelle die feministische Theorie ein Nachdenken über Differenzen entgegen, das stets mit Reflexionen über Macht und Ungleichheit gekoppelt ist. Die feministische Tradition erweist sich daher – so Purtschert – als wichtiger Referenzpunkt für die kritische Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Phänomen des Diversity Mangements. Insgesamt beziehen sich die Beiträge recht unterschiedlich auf die Debatte um Diversity: Wenn Sauer und Purtschert eine neoliberale Strategie ausmachen, die bestehende Ungleichheiten verschleiert und politisch instrumentalisiert, so erkennen Squires und Baer eher positive Anknüpfungspunkte in der Weiterentwicklung der europäischen Gleichstellungspolitik in Richtung Diversity. Gwisdalla sowie Dittmer und Mangold zeigen dabei recht deutlich, dass Diversity (noch) nicht in der Realität der täglichen Gleichstellungspolitik angekommen ist. Gemeinsam ist jedoch allen Beiträgen, dass sie eine stärker konzeptionelle Auseinandersetzung um die neuen Kategorien und ihren Zusammenhang mit der Kategorie „Geschlecht" wie auch eine vertiefte empirische Fundierung einfordern. Damit bleibt die feministische Politikwissenschaft und die Auseinandersetzung mit Diversity – zum Glück – „work in progress".

Anmerkungen

1 In der DVPW steigt die Zahl der weiblichen Mitglieder zwar seit Jahren, ihr Anteil an der Gesamtzahl der Mitglieder – etwa 1.400 – lag jedoch im Jahr 2005 mit 24,1% weit unter dem von Männern (vgl. Abels 2006, 137). In der Politischen Vierteljahresschrift sind Frauen als Gutachterinnen ebenfalls deutlich unterrepräsentiert; auch reichen sie weniger Manuskripte zur Veröffentlichung ein. Der Anteil von veröffentlichten Aufsätzen von Frauen betrug im Zeitraum von 2003 bis 2005 nur 20% (vgl. ebd.). Der Anteil von Wissenschaftlerinnen an den Professuren im Lehr- und Forschungsbereich Politikwissenschaften ist in den letzten Jahren angestiegen, liegt aber noch immer weit unter dem der Männer. Im Jahr 1991 lag er bei 10,3 Prozent (vgl. Kreisky/Sauer 1995, 20), im Jahr 2005 lag er nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei 19,2 Prozent.

2 Diese Situation manifestiert sich auch in den Einführungswerken. Während die Mainstream-Politikwissenschaft die feministische Politikwissenschaft bis auf wenige Ausnahmen nicht wahrnimmt oder ihren Ertrag sogar in Frage stellt (vgl. Scheele 1996; 2005), legen die Einführungsbände und Handbücher zur feministischen Politikwissenschaft inzwischen ein nachdrückliches Zeugnis ihrer regen Forschungsaktivitäten ab (vgl. z.B. Appelt/Neyer 1994; Krause 2003; Rosenberger/Sauer 2004).

3 Exemplarisch dafür steht das Vorwort von Jürgen Habermas anlässlich der – ansonsten unveränderten – Neuauflage von „Strukturwandel der Öffentlichkeit" im Jahr 1990, in dem er – wie Eva Kreisky (1995, 56) ausführt – darauf verweist, dass sich der Ausschluss von Frauen aus der bürgerlichen Öffentlichkeit anders darstelle, als er „es seinerzeit gesehen habe" (Habermas 1990, 18). Diese Erkenntnis habe er der feministischen Literatur zu verdanken, die „unsere Wahrnehmung für den patriarchalischen Charakter der Öffentlichkeit selbst geschärft" (ebd.) hat. Insbesondere die Auseinandersetzung Nancy Frasers mit Habermas' Theorie hat allerdings gezeigt, dass seine fehlende Reflektion der Geschlechterfrage zu massiven blinden Flecken in der Theorieentwicklung geführt hat (vgl. Fraser 1994, 173-221).

Literatur

Appelt, Erna / **Neyer**, Gerda, 1994: Feministische Politikwissenschaft. Wien.

Abels, Gabriele, 2006: „Manches besser, aber nicht alles gut: 1. Gender Monitoring der DVPW." In: Femina Politica, 15. Jg., H. 2, 136-138.

Butler, Judith, 1991: Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt / M.

Connell, Robert W., 1999: Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. Opladen.

Crenshaw, Kimberlé, 1998: „Demarginalizing the Intersection of Race and Sex. A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory, and Antiracist Politics." In: Philipps, Anne (Hg.): Feminism and Politics. Oxford, New York, 314-343.

Europäische Union, 2000: „Antirassismus-Richtlinie" (RL 2000/43/EG) vom 29.06.2000.

Europäische Union, 2000: „Rahmen-Richtlinie Beschäftigung" (RL 2000/78/EG) vom 27.11.2000.

Europäische Union, 2002: „Änderungsrichtlinie Geschlecht" (RL 2002/73/EG) vom 23.09.2002.

Europäische Union, 2004: „Richtlinie Güter und Dienstleistungen" (RL 2004/113/EG) vom 13.12.2004.

Femina Politica, 2003: Parteilichkeit? Distanzierung? Instrumentalisierung? Zum Verhältnis von Frauenforschung / Geschlechterforschung, Frauenbewegung und Politik. 12. Jg. H. 2.

Fraser, Nancy, 1994: Widerspenstige Praktiken. Macht Diskurs Geschlecht. Frankfurt / M.

Greven, Michael Th., 1991: „Was ist aus den Ansprüchen einer kritisch-emanzipatorischen Politikwissenschaft vom Ende der 60er Jahre geworden? Eine Skizze des Paradigmas und seines Scheiterns." In: Göhler, Gerhard / Zeuner, Bodo (Hg.): Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft. Baden-Baden, 221-246.

Habermas, Jürgen, 1990: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt / M.

Hark, Sabine, 1996: deviante Subjekte. Die paradoxe Politik der Identität. Opladen.

Holland-Cunz, Barbara, 2004: „Demokratie, Staatsbürgerschaft, Partizipation." In: Rosenberger, Sieglinde K. / Sauer, Birgit (Hg.), 2004: Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven. Wien, 127-148.

Klinger, Cornelia, 2003: „Ungleichheit in den Verhältnissen von Klasse, Rasse und Geschlecht." In: Knapp, Gudrun-Axeli / Wetterer, Angelika (Hg.): Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II. [Forum Frauenforschung Bd. 16]. Münster, 14-48.

Klinger, Cornelia, 2004: „Macht, Herrschaft, Gewalt." In: Rosenberger, Sieglinde K. / Sauer, Birgit (Hg.), 2004: Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven. Wien, 83-106.

Klinger, Cornelia / **Knapp**, Gudrun-Axeli, 2005: „Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz. Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, ‚Rasse' / Ethnizität." Transit. Europäische Revue. H. 29, 72-95.

Knapp, Gudrun-Axeli, 2001: „Grundlagenkritik und stille Post. Zur Debatte um den Bedeutungsverlust der Kategorie ‚Geschlecht'." In: Heintz, Bettina (Hg.): Geschlechtersoziologie, Sonderband 41 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen, 53-74.

Knapp, Gudrun-Axeli, 2005: „‚Intersectionality' – ein neues Paradigma feministischer Theorie? Zur Transatlantischen Reise von ‚Race, Class und Gender'." Feministische Studien. 23. Jg. H. 1, 68-81.

Krause, Ellen, 2003: Einführung in die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung. Opladen.

Kreisky, Eva, 1995: „Gegen ‚geschlechtshalbierte Wahrheiten'. Feministische Kritik an der Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum." In: Dies. / Sauer, Birgit (Hg.): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Frankfurt / M., New York, 27-62.

Kreisky, Eva / **Sauer**, Birgit, 1995: „Die Politik der Männer – die Wissenschaft der Männer? Hoffnung auf ein Ende des Schulterschlusses." In: Dies. (Hg.): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Frankfurt / M., New York, 9-26.

Krell, Gertraude, 2004: „Managing Diversity und Gender Mainstreaming. Ein Konzeptvergleich." Sozialwissenschaften und Berufspraxis. 27. Jg. H. 4, 367-376.

Krell, Gertraude, 2006: „Gender und Diversity – Integrieren statt polarisieren!" Internet: http://www.migration-boell.de/web/diversity/48_474.asp (13.3.2007).

Kurz-Scherf, Ingrid, 2003: „Politik und Geschlechterverhältnis – oder: politische Wissenschaft in feministischer Perspektive." In: Hecker, Wolfgang u.a. (Hg.): Politik und Wissenschaft. 50 Jahre Politikwissenschaft in Marburg. Bd. 2 Perspektiven. Münster, 157-217.

Kurz-Scherf, Ingrid u.a. (Hg.), 2006: Reader Feministische Politik&Wissenschaft. Positionen, Perspektiven, Anregungen aus Geschichte und Gegenwart. Königstein/Taunus.

MacKinnon, Catharine, 1996: „Geschlechtergleichheit. Differenz und Herrschaft." In: Nagl-Docekal, Herta / Pauer-Studer, Herlinde (Hg.): Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität. Frankfurt / M., 140-173.

Maihofer, Andrea, 1997: „Gleichheit und / oder Differenz? Zum Verlauf einer Debatte." In: Kreisky, Eva / Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. PVS-Sonderheft 28. Opladen, Wiesbaden, 155-176.

Maihofer, Andrea, 2006: „Von der Frauen- zur Geschlechterforschung – Ein bedeutsamer Perspektivwechsel nebst aktuellen Herausforderungen an die Geschlechterforschung." In: Aulenbacher, Brigitte u.a. (Hg.): FrauenMännerGeschlechterforschung. State of the Art. Münster, 64-77.

Nagl-Docekal, Herta, 1996: „Gleichbehandlung und Anerkennung von Differenz: Kontroversielle Themen feministischer politischer Philosophie." In: Dies. / Pauer-Studer, Herlinde (Hg.): Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität. Frankfurt / M., 9-53.

Ohms, Constance / **Schenk**, Christina, 2003: „Diversity – Vielfalt als Politikansatz in Theorie und Praxis: Von einer Zielgruppenpolitik hin zu einer ‚Politik der Verschiedenheit' (Politics of Diversity)." Internet: http://www.christina-schenk.de/politik/diversity-management/diversity-wiesbaden-03.pdf (13.3.2007).

Rommelspacher, Birgit, 2006: „Interdependenzen – Geschlecht, Klasse und Ethnizität." Internet: http://www.birgit-rommelspacher.de/intedependenzen.pdf (13.3.2007).

Rosenberger, Sieglinde K. / Sauer, Birgit (Hg.), 2004: Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven. Wien.

Sauer, Birgit, 2005: „Begrenzung und Entgrenzung des Politischen: Geschlechterforschung in der Politikwissenschaft." In: Bußmann, Hadumod / Hof, Renate (Hg.): Genus. Geschlechterforschung / Gender Studies in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Ein Handbuch. Stuttgart, 366-401.

Scheele, Alexandra, 1996: „Politikwissenschaft von Männern für Männer. Patriarchale Hegemonialkonstellationen in der Politikwissenschaft." Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 214. 38. Jg. H. 2, 275-282.

Scheele, Alexandra, 2005: „Arbeit als politisches Feld. Überlegungen für die politikwissenschaftliche Bearbeitung des Zusammenhangs von Arbeit und Politik." In: Kurz-Scherf, Ingrid u.a. (Hg.): In Arbeit: Zukunft – Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel. Münster, 189-204.

Young, Iris Marion, 1996: „Fünf Formen der Unterdrückung." In: Nagl-Docekal, Herta / Pauer-Studer, Herlinde (Hg.): Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität. Frankfurt / M., 99-139.